

## Pressemitteilung

BDI zur Mitteilung der Europäischen Kommission zur Finanzierung internationaler Klimaschutzmaßnahmen:

- Industrie für Unterstützung der Entwicklungsländer
- Kyoto-Nachfolgeabkommen mit weltweit vergleichbaren Regeln gefordert
- Gerechte Lastenverteilung unabdingbar

90/2009

10. September 2009

Presse und  
Öffentlichkeitsarbeit

Seite  
1 von 1

„Die Wirtschaft zeigt Verständnis, die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Es darf allerdings nicht zu einer Lösung kommen, die die Industrie unverhältnismäßig stark belastet.“ Das sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf zu der von der Europäischen Kommission vorgelegten Mitteilung zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen.

„Die EU muss auf dem Klimagipfel in Kopenhagen auf ein Kyoto-Nachfolgeabkommen mit weltweit vergleichbaren Regeln drängen. In einem solchen Rahmen ist die Industrie bereit und in der Lage, zum Klimaschutz beizutragen“, so der BDI-Hauptgeschäftsführer weiter.

„Schon heute leistet die Industrie in Deutschland den Löwenanteil zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und zur Erreichung der weltweit schärfsten Minderungsziele“, sagte Schnappauf.

„Dass die EU-Kommission die Versteigerungserlöse aus dem EU-Emissionshandel für die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen heranziehen will, liegt nahe. Hierzu ist das Einverständnis der Mitgliedstaaten erforderlich. Für die Industrie ist entscheidend, dass die Unternehmen durch eine Versteigerung der Emissionszertifikate nicht überbelastet werden. Solange für Wettbewerber außerhalb Europas keine vergleichbare Regelung gilt, muss die Industrie die Zertifikate 100 Prozent kostenfrei zugeteilt bekommen. Sonst gefährdet die EU Arbeitsplätze und auch den Klimaschutz“, sagte Schnappauf.

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Telekontakte*  
T: 030 2028-1450  
F: 030 2028-2450

*Internet*  
www.bdi.eu  
*E-Mail*  
Presse@bdi.eu